EP-G-01-181

B – Was Gerechtigkeit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Franz Florian Krause (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu EP-G-01

Von Zeile 180 bis 181 einfügen:
Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun effektiv umgesetzt werden.

Die beste Möglichkeit, die Ausbeutung von ausländischen Arbeiternehmer*innen und Migrant*innen zu beenden, ist Ihnen die politische Mitbestimmung zu ermöglichen. Hierfür setzen wir uns für das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle Menschen ab Vollendung des 16. Lebensjahr in dem Land ein, in dem diese seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt haben. Deutschland, dessen Wirtschaft insbesondere von Arbeitsmigration profitiert, soll dabei vorangehen.

Begründung

In Deutschland leben fast 10 Millionen volljährige Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Sie sind in der repräsentativen Demokratie von jeglicher Beteiligung ausgenommen, werden in Wahlprogrammen nicht direkt angesprochen und letztendlich entmündigt. Diese rechtliche Ungleichstellung als „Menschen zweiter Klasse“ legitimiert Rassismus, staatliche Gewalt und Ausbeutung, von denen diese Menschen besonders stark betroffen sind.

Von demokratisch zweckbestimmter Arbeitsmigration kann schon heute nur in den seltensten Fällen gesprochen werden. Meist stehen Existenznöte oder Abstiegssorgen dahinter, heute sogar bei Migrant*innen aus dem reichen Deutschland.[1] Arbeitgeberverbände rufen nach mehr „Mobilität“ von Fachkräften, um weiterhin hoch profitabel wirtschaften zu können, anstatt mit höheren Steuern, besseren Löhnen und verkürzter Arbeitszeit zum Gemeinwesen beizutragen.[2] Gerade in Zeiten der tiefen Krise des globalen Ausbeutungssystems gewinnen die individuellen politischen Rechte daher an Bedeutung: Gegen eine Ausweitung des Systems „Tönnies“ als Regelfall oder der Scheinfreiheit als isolierte „Digitale Nomaden“ brauchen wir alle das Recht, dort wo wir leben unsere Umgebung, den Arbeitsplatz und Politik zu gestalten.

Demokratie bedeutet mehr als nur Politik für eine Mehrheitsgesellschaft zu machen. Alle Menschen verdienen ein Leben in Würde und Gleichheit und sollten sich auch hierfür einsetzen können.

Dieser Antrag bezieht sich auf die Kampagne „Nicht ohne uns 14 Prozent“.

https://www.change.org/p/bundesregierung-nicht-ohne-uns-14-prozent-bundestagswahlrecht-für-alle-in-deutschland-lebenden-menschen?utm_source=share_petition&utm_medium=custom_url&recruited_by_id=16932350-3673-11e7-9825-c7f25a4d33bf

https://www.instagram.com/nichtohneuns14prozent/

[1] https://www.agrarheute.com/management/recht/fachkraefte-hunderttausende-deutsche-wandern-gruende-608481

[2] https://arbeitgeber.de/fachkraeftemangel-wird-immer-groessere-herausforderung-fuer-unternehmen/

weitere Antragsteller*innen

Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Sandra Smolka (KV Freising); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Tim Lautner (KV Münster); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Deliah Anne Pierce (KV Hamburg-Altona); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Angelika Aigner (KV Traunstein); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Walther Moser (KV Freiburg); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Martin Pilgram (KV Starnberg); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.